

1. Mit welchen Erwartungen sind Sie nach Heide-Süd gezogen?
- Existenz und Weiterentwicklung eines anspruchsvollen Wohnumfeldes in ruhiger Lage
  - Gleichzeitige Naturnähe (Dölauer Heide) und gute verkehrstechnische Anbindung zur Innenstadt Halle und nach Halle-Neustadt
  - Kreative Nachbarschaft von Wohngebiet, Lehre (Universität) und Forschungs- und Entwicklungs- und Dienstleistungseinrichtungen mit besonderer Ausrichtung auf Schlüsseltechnologien

2. Wurde Ihre Lebensqualität bisher vom Wirtschafts- und Technologiepark weinberg campus beeinträchtigt oder hatten Sie in diesem Zusammenhang Probleme? Wenn ja, welche?

Nicht beeinträchtigt, da die bisherigen Ansiedlungen dem uns zum Zeitpunkt unseres Zuzugs nach Heide-Süd bekannt gemachten Entwicklungskonzept entsprachen. Dies sagte u.a. aus, dass keine Ansiedlung von stoffwirtschaftlich orientierten Firmen gewollt ist.

3. Fühlen Sie sich vom gegenwärtigen Ansiedlungsvorhaben auf dem Campus bedroht?

Ja, im Sinne der nachhaltigen Sicherung der erreichten Lebensqualität

4. Wenn ja, warum fühlen Sie sich bedroht?

Um es vorweg zu nehmen, es geht nicht um irgendein „gegenwärtiges Ansiedlungsvorhaben“, wie es im Fragebogen nebulös bezeichnet wird, sondern um das Vorhaben der LOGOIL GmbH. Wenn wir in einen offenen Dialog treten wollen, sollte das Kind auch beim Namen genannt werden.

Wie bereits oben erwähnt, und wie es lt. Stadtratsbeschluss vom 26.03.1997 aus guten Gründen im Bebauungsplan 32.4 Heide-Süd festgeschrieben werden sollte, sollten nach dem Willen der Stadt auf dem als Sondergebiet gekennzeichneten Flächen, wozu die hier in Rede stehende gehört, keine Unternehmen der technologischen Wirtschaft und deren Folgeeinrichtungen (d.h. keine Betriebe und Anlagen der technologischen Wirtschaft und Produktion) zulässig sein.

Dieser Zielstellung entsprachen bislang die Ansiedlungen zwischen der Walter-Hülse- und Blücherstrasse. Dem steht grundsätzlich nicht entgegen, dass es dort Unternehmen gibt, die sich z.B. mit der Herstellung spezieller Medizinprodukte befassen.

Mit der Genehmigung der nach Bundes Immissionsschutzrecht genehmigungsbedürftigen „Anlage zur thermo-katalytischen Verwertung von Abfällen und dazugehöriger zeitweiliger Lagerung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen“ ist jedoch das Tor für eine ganz andere weitere Entwicklung des, wie es im Fragebogen heißt, Wirtschafts- und Technologieparks aufgestoßen worden.

Und diese Besorgnis ist durchaus nicht von der Hand zu weisen.

Da wäre z.B. schon Ihre Wortwahl im Fragebogen.

Die Webseite der Stadt spricht vom „Technologiepark weinberg campus“. Die Ausweitung auf „Wirtschafts- und...“ mit dem Primat der Wirtschaftsbezogenheit muss unter diesen Umständen als ein Ausdruck einer gewandelten Ansiedlungspolitik der Stadt gewertet werden. Wie im Übrigen auch die seit kurzem geänderte Haltung der Stadt zur in Rede stehenden LOGOIL-Anlage.

Es stellt sich daher die Frage, welches Maß an Betrieben und Anlagen der Stoffwirtschaft die Stadt auf diesem Areal zulassen würde und wie weit sie den Begriff der (auf dem fraglichen Territorium zulässigen) Forschung auszudehnen bereit ist.

Denn abgesehen davon,

- dass das in der LOGOIL-Anlage angewandte Verfahren der katalytischen Sumpffphase-Depolymerisation von Kunststoff-Abfällen einschließlich der eingesetzten Katalysatoren schon zum Stand der Technik gehört,
- dass es eine ganze Reihe von Unternehmen in Europa und in Deutschland gibt, die

sich mit der technischen Umsetzung befassen (Halle folglich nur *ein* Standort unter

mehreren für derartige Anlagenentwicklungen in Deutschland und außerhalb Deutschlands ist)

- dass es bekannt ist, dass auch vorbehandelte Krankenhausabfälle zur Herstellung von Dieselfraktionen auf Basis dieser Technologie eingesetzt werden können, kann es nach hiesiger Auffassung auch in der Abfallverwertungsanlage der LOGOIL GmbH im Wesentlichen „nur“ noch um die Frage der Umsetzung eines allgemein bekannten Prinzips in technische Maßstäbe gehen.

Zugegebener Maßen erfordern auch derartige Vorhaben ein erhebliches Quantum an Kreativität und Entwicklungsaufwand. Mit dem Maßstab der damit verbundenen (Versuchs-)Anlage aber wachsen auch die Risiken z.B. in Bezug auf die Umwelteinwirkungen, insbesondere dann, wenn es sich um den Umgang mit derart inhomogenen und von Fall zu Fall veränderlichen Input-Materialien handelt, wie im vorliegendem Falle.

Die Antragsunterlagen lassen in dieser Beziehung viele Fragen offen. Da fehlt z.B. jegliche Mengenbilanz oder ein Mengenfließbild. Da es sich um eine kontinuierlich arbeitende Anlage handelt, müssten zumindest Maßgaben für die Dimensionierung der Ausrüstungen bekannt sein. So bleibt es völlig offen, wie viel Inputmaterial für die geplante Menge an Zielprodukt (100 l Öl/h) erforderlich ist, wie der Thermoölkreislauf (aus dem eine Teilmenge ausgekreist werden muss) aufgebaut ist, wie mit dem aus der Siebentwässerung anfallenden Schmutzwässern umgegangen wird, wie viel von welchem Abfällen/Reststoffen anfallen, warum das hochkalorische Abgas aus der Destillation nicht verwertet sondern stark verdünnt in die Luft geblasen wird (was im Übrigen ein Verstoß gegen das im Umweltrecht grundsätzlich geltende Verdünnungsverbot ist). Die Liste könnte beliebig fortgesetzt werden.

Und noch eines. Es ist durchaus nicht gesagt, dass sich mit der Anlage in ihrer jetzigen Größe und Konfiguration die offenen technischen und technologischen Fragen beantworten lassen, zumal zu vermuten ist, dass die einzelnen Prozessstufen in ihrer Leistungsfähigkeit nicht aufeinander abgestimmt sind. Daraus kann sehr leicht die Erkenntnis wachsen, dass es zur Untersuchung bestimmter technischer und technologischer Sachverhalte und Zusammenhänge einer größeren Anlage bedarf.

Wie, frage ich, würde sich die Stadt verhalten, wenn ein derartiges Anliegen in ein bis zwei Jahren an sie herangetragen würde (vorausgesetzt natürlich, die jetzige Anlage ginge in Betrieb) und der Standort dieser größeren (Versuchs-)Anlage im Technologiepark Weinberg Campus mit dem Argument der erforderlichen Nähe zu anderen Forschungseinrichtungen, wie es ja bereits jetzt für die fragliche Anlage erhalten muss, begründet würde?

Und wie würde sich die Stadt verhalten, wenn demnächst ein weiterer Investor mit der gleichen Begründung eine Stoff wandelnde Anlage mit dem Hinweis auf erforderliche Nähe zu Forschungseinrichtungen dort errichten und betreiben möchte?

Gewiss, die jetzige LOGOIL-Anlage mag, wenn sie tatsächlich so arbeiten sollte wie von ihren Planern vorgesehen, in ihren Umwelteinwirkungen im Sinne des

Bundes Immissionsschutzgesetzes gering sein (aber ca. 1,6 t Kohlenwasserstoffe pro Jahr würden immerhin auch schon emittiert).

Mit jeder neuen oder größeren Anlage würden die Umwelteinwirkungen aber wachsen und das nahe umgebende Wohngebiet beeinträchtigen.

Die Möglichkeit einer derartigen Entwicklung mit ihren heute noch nicht kalkulierbaren Auswirkungen auf die Lebensqualität meiner Familie erleben wir als Bedrohung des erreichten Lebensniveaus.

Und dies bleibt auch so, solange die Stadt nicht ihre bereits 1997 eingenommene Position in Hinblick auf den Status des Technologieparks Weinberg Campus umsetzt, d.h. den Bebauungsplan 32.4 Heide-Süd wie damals vorgesehen Rechtskraft verleiht.

5. Was erwarten Sie von Ihrer Oberbürgermeisterin und von der Stadtverwaltung in Konfliktfällen?

Die Frage scheint mir müßig. Es müsste der Stadt und ihrer Oberbürgermeisterin im Falle der LOGOIL-Anlage doch klar geworden sein, dass vor allem Kontinuität und Konsequenz in der Haltung zu einmal eingenommenen Positionen erwartet wird.

Es wäre natürlich absurd, fordern zu wollen, dass solche Positionen auf Dauer festgeschrieben zu sein haben.

Wenn sich von Fall zu Fall Rahmenbedingungen geändert haben sollten, die neue Entscheidungen oder Positionen erfordern, was ja nie ausgeschlossen werden kann, dann sollte das den Bürgern auch plausibel öffentlich gemacht werden. Und zwar rechtzeitig. Denn die Stadtverwaltung ist in der Regel ja deutlich früher als ihre Einwohner über sich abzeichnende Veränderungen wie Ansiedlungswünsche informiert.

Und es sollte nicht einfach über die Köpfe der Einwohner hinweg entschieden werden. Wohin das führt, zeigen die gegenwärtigen Diskussionen um die Schließung des Friedhofs Neustadt.

Insbesondere erwarte ich daher seitens der Stadt und der Oberbürgermeisterin deutlich mehr Sensibilität in Hinblick auf die Wünsche und Vorstellungen der Einwohner (ihrer Einwohner), welche von einer veränderten Lage betroffen sein könnten.

Mit dem Siedlungsgebiet Heide-Süd und dem mit diesem territorial verflochtenen Technologiepark Weinberg Campus hat die Stadt anerkannter Maßen ein weit über die Region hinaus wirkendes Beispiel einer erfolgreichen Siedlungs- und Ansiedlungspolitik geschaffen. Und sie hat bisher damit deutlich punkten können. Die nach wie vor fortschreitende Ausweitung der Siedlungsareale ist ein beredter Ausdruck dafür wie auch das ständige Erfordernis, das TGZ erweitern zu müssen. Der Charakter dieses einmaligen Areals sollte nicht durch ein vordergründig wirtschaftlich dominiertes Kalkül (das im vorliegenden Falle außerdem noch auf unsicheren Beinen stehen könnte) aufs Spiel gesetzt werden.

Eine mit ihrer Stadt verbundene und mitwirkungsbereite Einwohnerschaft kann es nur geben, wenn mit ihr und nicht über sie regiert wird.

Und gegen diese Feststellung werden Sie wohl kaum etwas einwenden.

Dr. Joachim Günther